

Einblicke

Das Rathausmagazin der CDU-Bürgerschaftsfraktion

ZUSAMMENARBEIT FÜR DIE MENSCHEN erfolgreiche Kooperation in Norddeutschland

Hansestadt Hamburg

Mehr als vier Millionen Menschen leben in der Metropolregion.

Die Metropolregion Hamburg ist die Kernregion wirtschaftlicher Kompetenz in Norddeutschland. Hamburg ist mit einer überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung und als traditionelle Welthandelsstadt für die aktuelle Globalisierung gut gerüstet. Hamburg ist aber als Wirtschaftsraum und hinsichtlich seiner Einwohnerzahl zu klein, um sich im internationalen Wettbewerb alleine behaupten zu können. Der weltweite Wettbewerb der großen Städte fördert die ganze Metropolregion heraus. Hamburg kann nur gemeinsam mit seinem Umland Metropole sein und bleiben.

Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wachstum und Arbeitsplätze in einer prosperierenden Metropolregion. Diese gemeinsame Positionierung schafft einen Wirtschaftsraum von über vier Millionen Einwohnern.

Die wachsende Stadt fördert das Wachstum in der Metropolregion.

Mit dem Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ hat der Senat erstmals eine umfassende und langfristig angelegte Vision für die Entwicklung der Stadt formuliert. Wir richten unsere Politik konsequent an diesem Leitbild aus, das von vornherein nicht als Wachstumskonzept nur für Hamburg geplant war. Hamburg ist eine wachsende und pulsierende Metropole mit internationaler Ausstrahlung. Eine florierende Wirtschaft und ausgezeichnete Lebensqualität ziehen Unternehmen und qualifizierte Menschen an. Gegen den Bundestrend sinkt die Arbeitslosigkeit in Hamburg. Im Vergleich zu 2003 hat kein Bundesland einen annähernd so starken Rückgang der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen. Diese deutliche Abkopplung Hamburgs vom Bundestrend bestätigt sehr eindrucksvoll die Wirksamkeit unserer Politik. Ein wachsendes und wirtschaftlich prosperierendes Hamburg stützt auch die Metropolregion insgesamt, die wir als Wachstumsregion voranbringen wollen.



Berthold Heisterkamp
und Sinan Turculu
c/o Capitol-Versicherer
Lottumstr. 5, Sout.
10119 Berlin

Interessen gemeinsam vertreten

Die Herausforderungen an die Politik sind in der Metropolregion Hamburg so groß, dass weder Hamburg als Stadt noch die umliegenden Kreise sie jeweils allein bewältigen können. Viele öffentliche Aufgaben lassen sich sinnvollerweise regional abgestimmt besser durchführen. Die internationale Wirtschaftsdynamik macht nicht Halt vor Gemeindegrenzen. Dies erfordert gemeinsame Anstrengungen, zum Beispiel beim Ausbau der regionalen Infrastruktur und überregionaler Verkehrsverbindungen. Zusammenarbeit ist notwendig, um weiterhin eine Spitzenposition in Europa einzunehmen. Deshalb muss Norddeutschland alle vorhandenen Kräfte bündeln und sich dem Wettbewerb stellen.

Wir führen aber keine theoretische Debatte um einen Nordstaat. Diese Diskussion ist so alt wie die Bundesrepublik selbst. Für uns ist das kein aktuelles Thema. Wir betreiben stattdessen erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn anhand konkreter Projekte.

Hamburg – das Tor zur Welt



Hamburg, die „Wachsende Stadt“



Grüße von der Kieler Woche



Wirtschaftsförderung in der Metropolregion: Süderelbe AG gegründet

Die im Dezember 2004 gegründete „Süderelbe Aktiengesellschaft“ geht aus der Wachstumsinitiative Süderelbe hervor. Erstmals wird jetzt die Wirtschaftsförderung in der Metropolregion Hamburg über Landes- und Kreisgrenzen hinweg betrieben, und zwar gemeinsam mit den Unternehmen der Region. Der Süderelberaum ist ein Musterbeispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit in Norddeutschland. Die Gründungsmitglieder der neuen AG sind namhafte Unternehmen und alle Sparkassen der Region, die Freie und Hansestadt Hamburg, die Landkreise Harburg, Lüneburg und Stade sowie die Stadt Lüneburg. Vor allem der Mittelstand, aber auch die großen Unternehmen werden von den Leistungen der Süderelbe AG zum Beispiel bei Fachkräften und bei Branchenprojekten in der Luftfahrt, Logistik oder Ernährungswirtschaft profitieren.

Norddeutschland ist schön – sieht es dir an!

Landeshauptstadt Kiel

Enge Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Kiel – Synergieeffekte nutzen.

Auf vielen Gebieten der Informations- und Kommunikationstechnik arbeiten Hamburg und die Landeshauptstadt Kiel erfolgreich zusammen. Bürgermeister Ole von Beust und Oberbürgermeisterin Angelika Volquarts haben diese enge Zusammenarbeit zwischen Dataport, dem Dienstleister der öffentlichen Verwaltung in Hamburg und Schleswig-Holstein für moderne Informations- und Kommunikationstechnik, und der Landeshauptstadt Kiel vereinbart. Beide Partner wollen durch die Zusammenarbeit ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und die Möglichkeiten steigern, neue Angebote zu entwickeln.

Die Kooperation von Hamburg und Kiel ist zukunftsweisend und soll auf weiteren Gebieten fortgesetzt werden, weil es sich für beide Partner lohnt, gemeinsame Stärken zu nutzen und einzusetzen. Dies gilt zum Beispiel für Bewerbungen um große Sportveranstaltungen. Auf diese Weise steigen die Chancen, bedeutende Ereignisse in die Region zu holen, die wiederum viele Menschen anziehen werden.

Segeln – Kieler Woche



Daniel Ber
cla shipyard
Schlankreys
20144 Ha

Gemeinsamer Ausbau der Lebensader der Region

Die Elbe ist die Hauptverkehrs- und Lebensader der Region und erhält durch den zunehmenden Handel eine immer größere Bedeutung. Ganz besonders der Containerverkehr ist ein sehr dynamischer internationaler Wachstumsmarkt, der sich in den nächsten zehn Jahren verdoppeln wird. Die Entwicklung des Hamburger Hafens ist für die gesamte Metropolregion von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Rund 150.000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt vom Hafen ab. Von diesen Beschäftigten kommen 45.000 aus dem Umland. Der Hamburger Hafen ist somit auch für Hamburgs Nachbarn ein bedeutender Arbeitgeber. Die notwendige Fahrrinnenvertiefung der Elbe ist daher ein für die wirtschaftliche Entwicklung Norddeutschlands ganz entscheidendes Thema, das wir gemeinsam umsetzen werden.

Lübeck – Holstenstadt
Das Wappen der Hansestadt Lübeck ist das Holstenwappen. Im 15. Jahrhundert entstand, ist es ein Überbleibsel der mittelalterlichen Ritterschlossanlage. Das Holstenwappen gibt es in der bekanntesten Darstellung der Hansestadt.

Partner seit den Zeiten der Hanse

Mit Lübeck wurde der Vertrag „Gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ geschlossen. Eine besondere Bedeutung für beide Hansestädte hat die Kooperation der Häfen. Im Vordergrund dieser Zusammenarbeit steht der Handel im Ostseeraum, der durch die Erweiterung der Europäischen Union nach Norden und Osten noch ein Stück enger zusammengewachsen ist. Ein Drittel des Containerumschlages des Hamburger Hafens geht in den Ostseeraum. Als größter deutscher Containerhafen an der Ostsee kann Lübeck hier in Zukunft eine Schlüsselposition einnehmen. Dadurch nimmt die Vision von einem Hafen an zwei Meeren immer deutlichere Konturen an.



Lübeck –
immer eine Reise wert



Mobilität gemeinsam sichern

270.000 Menschen aus dem Umland kommen täglich zur Arbeit nach Hamburg, 70.000 Hamburger fahren jeden Tag aus Hamburg zur Arbeit in das Umland. Hamburg ist das dominierende Arbeitsmarktzentrum der Region. Die Anbindung der Umlandkreise an das S-Bahn-Netz des HVV entlastet die Straßen und erleichtert vielen Pendlern das Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr. Der Verbundraum des HVV wurde vor wenigen Wochen auf sieben Umlandkreise ausgedehnt: Bereits im Dezember 2002 wurden die Kreise Segeberg, Stormarn, Pinneberg und Lauenburg aufgenommen. Im Dezember 2004 kamen die Landkreise Lüneburg, Harburg und Stade hinzu. Mit dieser Verkehrspolitik ist die wachsende Stadt bestens gerüstet für eine nicht nur wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft.

Schreiben Sie nicht unter dieser Zeile – Do not write below this line – No more

Karl-May-Festspiele – Bad Segeberg Kooperation nützt den Menschen

Sehr intensiv wird am Projekt E-Government in der Metropolregion Hamburg unter Federführung des Landkreises Harburg gearbeitet. Mittelfristig sollen sich die Verwaltungskunden in der gesamten Metropolregion mit ihren Anliegen persönlich, telefonisch, schriftlich oder über das Internet an jede Verwaltung wenden können. Davon werden in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen rund vier Millionen Menschen profitieren.

Mit unserer Politik für den Norden sind wir auf dem richtigen Weg und wir werden die Kooperation nach einem Regierungswechsel in Schleswig-Holstein mit einem zukünftigen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen noch einmal deutlich intensivieren.

Schönes Lüneburg



Die Perle der Heide

Freiwilligenrat, 2007 Lüneburg, Telefon: 0 41 31 / 12 34 56
E-Mail: info@freiwilligenrat-luebeck.de, www.freiwilligenrat-luebeck.de

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: Studiengebühren kommen auch in Hamburg

Am 26. Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung zur 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes die bildungspolitische Kompetenz der Länder gestärkt und zugleich der zentralistischen Politik der Bundesbildungsministerin Edelgard Buhlman eine Absage erteilt. Durch

diese Gerichtsentscheidung wird die Einführung von generellen Studiengebühren ermöglicht, wofür sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion schon am 22. November 2004 im Rahmen eines Fraktionsbeschlusses ausgesprochen hatte. Bereits im September 2004 führte die CDU-Fraktion zur Vorbereitung

ihrer Meinungsbildung eine Expertenanhörung zu „Studiengebühren für das Erststudium“ durch. Die eingeladenen Sachverständigen stellten in ihren Referaten das Pro und Kontra von Studiengebühren dar. Wesentliches Ergebnis war, dass Studiengebühren grundsätzlich sowohl Chancen als auch Risiken

mit sich bringen. Diese muss man kennen und im konkreten Modell möglichst minimieren. Der Nutzen des Modells ist dann an der gewonnenen Qualitäts- und Quantitätssteigerung, dem Maß der sozialen Gerechtigkeit und den Vorteilen durch die Konkurrenzsituation zu messen.

Wolfgang Beuß, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, betont, dass die Hochschulen dringend zusätzliche Finanzmittel benötigten, um die Qualität der Lehre zu steigern und die Studienbedingungen zu verbessern. Hamburgs intellektuelle Zentren sollten in Zukunft weder Rankings noch internationale Vergleiche scheuen müssen. Das könne der Staat aufgrund seiner finanziellen Lage aber nicht mehr leisten.

Die CDU knüpft die Einführung von Gebühren allerdings an Bedingungen: Die Gebühren sollen zu einer Qualitätsverbesserung des Studiums sowie der Studienbedingungen und langfristig zu einer größeren Zahl von Studienplätzen führen. Sie

müssen ausschließlich und direkt den Hochschulen zugute kommen und dürfen nicht zur Entlastung des Wissenschaftshaushaltes herangezogen werden. Das flankierende Angebot eines sozial verträglichen Darlehensmodells soll finanziell schlechter gestellten Studierenden die Entscheidung zur Aufnahme eines Studiums erleichtern.

Damit Hochschulen und Studierende möglichst schnell von den erwarteten Einnahmen profitieren können, wird die CDU-Fraktion dafür sorgen, dass umgehend die Voraussetzungen für die Einführung von Studiengebühren für das Erststudium ab Sommersemester 2006 geschaffen werden.

Yuppie-Stadtteil werden, sondern mit den Nachbarstadtteilen zusammenwachsen.

■ Unser klares Bekenntnis zur Hafenquerspange: Sie wird unabhängig von der Frage ihrer Finanzierung als Konstante in die Planungen einbezogen. Denn nur wer weiß, wo sie verlaufen wird, kann die Planungen in ihrem Umfeld vornehmen.

■ Für den Sprung über die Elbe sind auch die Internationale Gartenschau und die internationale Bauausstellung von entscheidender Bedeutung. Wenn 2013 beide Projekte ihre Pforten öffnen, werden große Besucherströme auf die Elbinseln kommen. Wir haben deswegen einen Verkehrsgutachten zur Prü-

fung und Planung der zu erwartenden Verkehrsströme auf den Weg gebracht.

■ In Hamburg wohnen leider noch viel zu wenig Menschen auf dem Wasser. Verschiedene Pilotprojekte zunächst im Bereich der Harburger Schlossinsel und in Hammerbrook sollen die vorhandenen Möglichkeiten zeigen.

■ Um aufgrund der geänderten Bewerbungslinien Austragungsort für Olympische Spiele zu werden, muss Hamburg den Kleinen Grasbrook für etwa 20 Jahre als potenziellen Austragungsort der Spiele frei halten. Dies schafft Planungssicherheit für die Hafenwirtschaft, mit der im engen Dialog mittel- und

CDU erarbeitet Positionen zum „Sprung über die Elbe“

In einem von der CDU-Fraktion veranstalteten Workshop erarbeiteten Bürgerschafts-, Bezirks- und Ortsausschussabordnete sowie Mitglieder des CDU-Wirtschaftsrats Positionen zum „Sprung über die Elbe“.

Das Konzept der CDU richtet sich an drei Vorgaben aus: Es soll zu einem sozialen Ausgleich in der Stadt führen, d.h., es wird nicht vorwiegend in gutsituierte Stadtteile investiert, sondern dort, wo die Stadt sich lange zurückgehalten hat – nämlich auf den Elbinseln. Von der Veddel und dem Kleinen Grasbrook über Wil-

helmsburg bis zur Harburger Schlossinsel soll die Entwicklung vorangetrieben werden.

■ Im Bereich Verkehr wird der Elbsprung in der Hafencity beginnen. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wird zunächst ein Verkehrsgutachten zur besseren Anbindung der Hafencity an die angrenzende Innenstadt erstellen. In einem weiteren Gutachten wird die Anbindung der City Süd, von Rothenburgsort und der Veddel auf Grundlage des Masterplans Stadttor Süd-Ost geprüft. Die Hafencity soll kein isolierter

langfristig neue Standorte gesucht werden. Das hat auch zur Folge, dass beim Sprung über die Elbe zunächst die Hafencity an Rothenburgsort heranwachsen und den Wohnstandort Veddel sowie das nördliche Wilhelmsburg weiter stärken wird.

■ Um die Elbinseln in ihrem Image aufzuwerten haben wir das Projekt „10-Grad Kunst“ in der Bürgerschaft beschlossen. Die kulturellen Highlights von der Auswandererhalle über die 50er-Schuppen bis hin zur Harburger Schlossinsel sollen den Ruf der Elbinseln nachhaltig verbessern.



Die nächsten Bürgerschaftssitzungen finden statt am:

- Mi., 23.02.05
- Mi., 09.03.05
- Do., 10.03.05
- Mi., 13.04.05
- Do., 14.04.05

Alle Sitzungen sind öffentlich! Detaillierte Informationen über die Arbeit des Landesparlaments und seiner Ausschüsse erhalten Sie im Internet unter: www.hamburgische-buergerschaft.de

Seniorenkongress „Erfahrung schafft Zukunft“ am 12. April 2005 im Plenarsaal des Hamburger Rathauses

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion führt auf Initiative des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und sozialpolitischen Sprechers Frank Schira im Plenarsaal des Hamburger Rathauses den Seniorenkongress „Erfahrung schafft Zukunft“ durch.

Die heutige Generation der Senioren hat mit ihrem Einsatz und ihrer Leistung dieses Land und unsere Stadt aufgebaut und leistet auch heute noch einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft, sei es im Beruf, bei ehrenamtlicher Tätigkeit

oder der Betreuung ihrer Enkel. Gemeinsam mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir die Frage diskutieren, in welcher Weise die Gesellschaft die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der immer größer werdenden Gruppe älterer Menschen noch besser annehmen und sie sich zu Nutzen machen kann. Die demographische Entwicklung soll auf dieser Veranstaltung bewusst unter diesem positiven Aspekt betrachtet werden, getreu dem Motto unseres Ersten Bürgermeisters Ole von Beust „Ham-

burg muss auch eine senioren-gerechte Stadt werden“.

Ole von Beust wird an den Kongress ein Grußwort richten. Weitere Teilnehmer werden Bürgermeisterin Birgit Schnieper-Jastram, Jürgen Echternach, Landesvorsitzender Senioren-Union Hamburg und parlamentarischer Staatssekretär a.D., Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D., sowie Vertreter von Unternehmensverbänden und des Landesseniorenbeirats sein.

DNA-Analyse: für eine bessere Strafverfolgung

Der Hamburger Senat hat beschlossen, gemeinsam mit Hessen, Bayern und weiteren Bundesländern einen Gesetzentwurf zur Erweiterung der Verwertbarkeit der DNA-Analyse in den Bundesrat einzubringen, um den Schutz der Bevölkerung zu verbessern und eine effektive Strafverfolgung zu ermöglichen.

Es ist nicht einzusehen, warum die DNA-Analyse weiterhin Restriktionen ausgesetzt sein sollte und die Möglichkeiten dieses Verfahrens größtenteils ungenutzt bleiben. Die DNA-Analyse wird der Fingerabdruck des 21.

Jahrhunderts werden. Sie ist ein verlässliches und äußerst effektives Mittel zur Aufklärung von Straftaten und zeigt bei der bisherigen Anwendung beachtli-

Die DNA-Analyse wird der Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts werden.

che präventive Wirkung. Denn wer damit rechnen muss, aufgrund eines Haars oder Ähnliches eindeutig identifiziert und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden, wird eher vor einer erneuten Straftat zurückschrecken. Zudem trägt das Verfahren zur Entlastung

und Rehabilitation zu Unrecht Beschuldigter bei.

Die Eingriffsintensität des Verfahrens ist vergleichbar mit polizeilichen Standardmaßnahmen zur Identitätsfeststellung wie der Fingerabdrucknahme. Bereits heute und auch künftig findet eine Überprüfung an Teilen der DNA statt, die keine genetisch kodierten Erbinformationen enthalten. Wir wollen keinen „gläsernen“ Menschen, sondern einen effektiven Opferschutz.



Fotos: TBF Presseagentur Lübeck; Wolfgang Freywald • Landeshauptstadt Kiel; Pressereferat: Okon/Milfeldt • www.photocase.de

Politikglossar 09: Hier machen Hamburger Politik

Die Bürgerschaft – Landesparlament und Kommunalvertretung

Hamburg ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland und zugleich eine Kommune. Deshalb ist die hamburgische Bürgerschaft nicht nur das Landesparlament, sondern sie nimmt auch die für eine Kommunalvertretung typischen Aufgaben wahr. Sie verabschiedet Landesgesetze und beschließt den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie beschäftigt sich aber auch mit Bebauungsplänen oder mit Tarifen der Ver-

kehrs- und Versorgungsbetriebe. Die Bürgerschaft ist neben dem Senat und dem Verfassungsgericht eines der drei Verfassungsorgane und das einzige, dessen Vertreter direkt vom Volk gewählt werden. Die 121 Abgeordneten werden in freier und geheimer Wahl gewählt und sie sind Vertreter des ganzen Volkes. An der Spitze der Bürgerschaft stehen der Präsident und die drei Vizepräsidentinnen, die von den Abgeordneten gewählt werden und jeweils einer der in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen angehören.

Der Senat – Landesregierung und Stadtverwaltung

Der Senat ist die Regierung des Bundeslandes Hamburg. Staatliche und gemeindliche Angelegenheiten werden im Stadtstaat Hamburg aber nicht getrennt. Deshalb ist der Senat auch „Gemeinderegierung“. Alle anderen Behörden sind dem Senat untergeordnet. Die Verwaltungsaufgaben nehmen sowohl der Senat selbst als auch die Senatsämter und die nachgeordneten Fachbehörden und Bezirksämter wahr.

Die übrigen Verwaltungsaufgaben werden von den Ministerien anderer Bundesländer, vergleichbaren Fachbehörden und den Bezirksämtern mit den ihnen angeschlossenen Ortsämtern ausgeführt. Sie bereiten Gesetze und Verordnungen vor, entwickeln Fachpläne und stellen Richtlinien auf. Sie werden eigenverantwortlich von Mitgliedern des Senats geleitet. Mithin haben die Senatorinnen und Senatoren eine Doppelfunktion: Sie sind Behördenleiter und zugleich verantwortliche Regierungsmitglieder.



CDU BÜRGERSCHAFTSFRAKTION HAMBURG

Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG
20354 Hamburg

Impressum

CDU-Bürgerschaftsfraktion
Redaktion Einblicke
V.i.S.d.P.: Hein von Schassen

Poststraße 11
20354 Hamburg
Telefon: (040) 428 31-1374
Telefax: (040) 428 31-2526
E-Mail: pressestelle@cdu-hamburg.de
Internet: www.cdu-hamburg.de